

Baden-Württemberg unter grüner Führung

Bilanz zweier Regierungsperioden unter
Winfried Kretschmann



Ulrich EITH

März 2021

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.

ISBN: 979-10-373-0323-3

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2021

Diese Veröffentlichung zitieren:

Ulrich Eith, „Baden-Württemberg unter grüner Führung – Bilanz zweier Regierungsperioden unter Winfried Kretschmann“,

Notes du Cerfa, Nr. 159, Ifri, März 2021.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: Ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der [Internetseite des Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Paul Maurice und Marie Krpata, Research Fellows, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autor

Prof. Dr. Ulrich Eith, geboren 1960 in Villingen im Schwarzwald, hat Politikwissenschaft, Mathematik und Soziologie studiert, in Politikwissenschaft promoviert und habilitiert. Seit 2007 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg, seit 2008 leitet er außerdem als Direktor das Studienhaus Wiesneck. Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V. in Buchenbach. Neuere Publikationen sind: Baden-Württembergs Parteiensystem im Wandel (Bürger & Staat „Fünf Jahre Grün-Rot“, Heft 4-2020, S. 261-269); Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien, in: E. Wiesendahl (Hg.): Parteien und soziale Ungleichheit (zu. mit G. Mielke, Wiesbaden 2017, S. 39-61); Die wahrgenommenen Wirkungen von Bürgerbeteiligung, in: Baden-Württemberg Stiftung (Hg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014, (zus. mit A.Vetter, S. Geyer, Wiesbaden 2015, S. 223-342); Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg, (zus. mit U. Wagschal, M. Wehner, Baden-Baden 2013).

Zusammenfassung

Baden-Württembergs Wirtschafts- und Sozialstruktur bot von Beginn an gute Ausgangsbedingungen für bürgerliche Parteien, was die CDU zunächst für sich zu nutzen wusste. Von 1953 bis 2011 stellte sie ununterbrochen den Ministerpräsidenten. 2011 gelangten den Grünen und der SPD erstmals ein Wahlsieg über die CDU. Winfried Kretschmann wurde zum ersten grünen Ministerpräsidenten in einem deutschen Bundesland gewählt. 2011-2016 regierte er mit der SPD in einer grün-roten Koalition, seit 2016 bilden Grüne und CDU eine grün-schwarze Koalition.

Gleich zu Beginn seiner Regierungszeit hat Kretschmann mit seiner „Politik des Gehörtwerdens“ und dem umfangreichen Ausbau von Bürgerbeteiligung einen gründlichen Stilwechsel im Verhältnis von Bürgerschaft und Politik vorgenommen. Wirtschaftspolitisch hat er das stark exportorientierte, von Fahrzeug- und Maschinenbau geprägte Industrieland auf Erfolgskurs gehalten und auf den ökologischen Strukturwandel eingestimmt. Nur schrittweise vorangekommen ist die Reform des Wahlrechts, die unter Grün-Rot begonnene Neuausrichtung der Integrations- und Asylpolitik sowie der flächendeckende Breitbandausbau.

Persönlich hat sich Kretschmann im ganzen Land sehr schnell eine hohe Reputation weit über grüne Wählerkreise hinweg erworben. Sein pragmatischer Kurs, Ökonomie und Ökologie aufs Engste miteinander zu verbinden, hat die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg im Blick und genießt hohe Zustimmung im ganzen Land. Die grün-schwarze Koalition kann durchaus als Modell für die Bundespolitik gelten.

Abstract

Baden-Württemberg's economic and social structure offered good starting conditions for centre-right parties from the beginning, which the CDU initially knew how to use for itself. From 1953 to 2011 the Prime Minister belonged to the CDU. In 2011 the Greens and the SPD won an election over the CDU for the first time. Winfried Kretschmann was elected the first Green Prime Minister in a German state. From 2011 to 2016 he ruled with the SPD in a green-red coalition, and since 2016 the Greens and CDU have formed a green-black coalition.

Right at the beginning of his reign, Kretschmann made a thorough change of style in the relationship between citizenship and politics with his “Politics of Being Heard” and the extensive expansion of citizen participation. In terms of economic policy, he kept the heavily export-oriented industrial country, which is characterized by vehicle and mechanical engineering, on the road to success and prepared it for the ecological structural change. The reform of the electoral law, the realignment of the integration and asylum policy begun under Green-Red and the nationwide broadband expansion have only progressed gradually.

Personally, Kretschmann quickly gained a high reputation throughout the country, well beyond the green electorate. His pragmatic course of closely combining economy and ecology has the future competitiveness of Baden-Württemberg as a business location in mind and enjoys high approval throughout the state. The green-black coalition can certainly be seen as a model for federal politics.

Inhaltsverzeichnis

POLITISCHE STELLUNG IM FÖDERALISMUS, SOZIOKULTURELLE KONFLIKTLINIEN UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR IN BADEN-WÜRTTEMBERG.....	8
DER AUFSTIEG DER CDU ZUR DOMINIERENDEN „LANDESPARTEI“ IN DEN 1970ER JAHREN	13
DIE AUSDIFFERENZIERUNG DES PARTEIENSYSTEMS SEIT DEN 1980ER JAHREN	15
2011: EINE NEUE ZEITRECHNUNG BEGINNT	17
INHALTLICHE BILANZ DER REGIERUNGSPOLITIK UNTER KRETSCHMANN: GRÜNE AKZENTE BEI STABILER WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK	20
AUSBLICK AUF DIE LANDTAGSWAHL 2021 UND BUNDESDEUTSCHE AUSWIRKUNGEN	25
FAZIT	27

Einleitung

Die Landtagswahl vom 27. März 2011 markiert eine historische Zäsur in Politik und Geschichte von Baden-Württemberg. Über Jahrzehnte hinweg prägte die CDU maßgeblich die Politik des Landes und stellte von 1953-2011 den Ministerpräsidenten. Seit 2011 jedoch regiert mit Winfried Kretschmann ein Grüner Baden-Württemberg, 2011-2016 zunächst in Koalition mit der SPD, seit 2016 zusammen mit der CDU. Bei der kommenden Landtagswahl am 14. März 2021 stellt sich Kretschmann erneut dem Wählervotum und strebt, durchaus chancenreich, eine dritte Amtszeit an.

Dieser Beitrag untersucht zunächst die Rahmenbedingungen und Umbrüche des baden-württembergischen Parteienwettbewerbs und zieht sodann eine Bilanz der zehnjährigen Regierungszeit des Grünen Winfried Kretschmann. Vor diesem Hintergrund werden die politischen Perspektiven für die kommende Landtagswahl im März sowie die bundespolitischen Auswirkungen der zwei Regierungsperioden von Kretschmann – gerade auch mit Blick auf die Bundestagswahlen am 26. September 2021 – diskutiert. Zur besseren Einordnung beginnt dieser Beitrag mit einem kurzen Überblick über die Stellung Baden-Württembergs im deutschen Föderalismus, über die sozio-kulturellen Besonderheiten des Landes sowie über die Grundlinien seiner Wirtschaftsstruktur.

Politische Stellung im Föderalismus, soziokulturelle Konfliktlinien und Wirtschaftsstruktur in Baden- Württemberg

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderaler Staat mit 16 Bundesländern. Diese sind eigenständige Staaten mit eigener Landesverfassung, einem eigenen Landesparlament und einer eigenen Landesregierung. Anders als in der Schweiz zeichnet sich der Föderalismus in Deutschland durch eine enge Verflechtung zwischen den Ebenen und eine funktionale Arbeitsteilung aus. Der Bund hat Vorrang bei der Gesetzgebung – wobei die Landesregierungen über den Bundesrat substantiell daran beteiligt sind. Der Vollzug der Gesetze ist vor allem Sache der Länder. Eigene legislative Kompetenzen besitzen die Länder insbesondere in den Bereichen Bildungs- und Kultuspolitik, beim Beamtenrecht, beim Strafvollzug, beim Umweltschutz und auch bei der Gesundheitspolitik.¹ Ziel des deutschen Föderalismus ist neben der grundsätzlichen Aufteilung politischer Macht auf Bundes- und Landesebene und der damit einher gehenden gegenseitigen Machtkontrolle dennoch – anders als in der Schweiz – eher die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Bundesgebiet als die Bewahrung regionaler Unterschiede. Dementsprechend kennzeichnet diesen kooperativen Föderalismus in Deutschland ein enges Netz an Aushandlungsgremien, zum einen zwischen den Exekutiven auf Bundesebene und den in der Regel parteipolitisch unterschiedlich besetzten Landesregierungen, zum anderen auch untereinander zwischen den 16 Bundesländern. Weithin bekannt sind etwa die regelmäßig stattfindende Kultusministerkonferenz zur grundsätzlichen Abstimmung in der Bildungspolitik, die Ministerpräsidentenkonferenz oder aktuell vor allem die Verhandlungsrunden von Bundeskanzlerin, Ministerpräsidentinnen und -präsidenten über Maßnahmen der Pandemiebekämpfung.

1. Vgl. Klaus Detterbeck: Spielräume einer Vernunftsehe: Die Rahmenbedingungen für Grün-Schwarz in Baden-Württemberg, in: Bürger & Staat, Heft 2, 79. Jg. 2000, S. 206-213.

Baden-Württemberg existiert in der heutigen Form seit dem 25. April 1952, hervorgegangen aus der Vereinigung der drei von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gegründeten Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Historische Vorläufer waren das Königreich Württemberg und das Großherzogtum Baden. Sie entstanden zu Beginn des 19. Jahrhundert im Zuge der Neuordnung Europas durch Napoleon und umfassten jeweils Gebiete mit ganz unterschiedlichen politisch-kulturellen Traditionen.² In beiden Landesteilen existiert ein bis heute spürbarer Nord-Süd-Gegensatz. In Württemberg ist dieser verbunden mit starken konfessionellen Gegensätzen. Der nördliche Teil ist geprägt durch die protestantisch-pietistischen Milieus Alt-Württembergs rund um Stuttgart mit solch sprichwörtlich schwäbischen Tugenden wie Fleiß, Selbstdisziplin und Erfindungsreichtum, aber auch einem hohen Grad an sozialer Kontrolle. Der südliche Teil Württembergs wird durch die katholischen Milieus Oberschwabens bestimmt. Ein durch die Gegenreformation gefestigter, konservativer Katholizismus geht hier einher mit einer insgesamt barocken Liberalität der Lebensführung.

Anders stellt sich die Situation Baden dar. Die dort ebenfalls existierende Teilung zwischen einem mehrheitlich protestantischen Norden und einem eher katholischen Süden hat in diesem Fall jedoch nicht zum Aufkommen religiöser Sonderbewegungen geführt. Vielmehr ist das nach fast allen Seiten offene Durchgangs- und Grenzland Baden rechtsseitig entlang des Rheins für seine aufgeschlosseneren Geisteshaltung bekannt.³

Zu diesen regionalen und konfessionellen Strukturmustern kommen die Effekte einer kleinstädtisch-ländlichen Siedlungsform, die durch die im Südwesten verspätet einsetzende Industrialisierung lediglich geringfügige Veränderungen erfahren hat.⁴ Nur ansatzweise hat die schnelle Ausdifferenzierung und Spezialisierung des produzierenden Sektors zur Herausbildung einer Industriearbeiterschaft und den in anderen Teilen Deutschlands damit verbundenen großen städtisch-industriellen Zentren geführt. Nennenswerte Industrieagglomerationen finden sich in Baden-Württemberg lediglich in der Region Stuttgart und in der Region Rhein-Neckar/Mannheim, darüber hinaus auch in der Region Mittlerer

2. Vgl. Hans-Georg Wehling: Baden-Württemberg: Zur Geschichte eines jungen Bundeslandes, in: Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart: Kohlhammer, 2006, S. 9-32.

3. Vgl. Hermann Bausinger: Zur politischen Kultur Baden-Württembergs, in: ders. u.a.: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, 4. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer, 1996, S. 14-42.

4. Vgl. Gerd Mielke: Alter und neuer Regionalismus: Sozialstruktur, politische Traditionen und Parteiensystem in Baden-Württemberg, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Duncker und Humblot, 1991, S. 299-313.

Oberrhein/Karlsruhe. Bis heute konzentriert sich in diesen drei Regionen fast die Hälfte der Produktion des Landes.

Dennoch hat sich Baden-Württemberg in den letzten 70 Jahren zu einer führenden Wirtschaftsregion in Deutschland und Europa mit einem hohen Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau entwickelt. Die ursprünglich kleingewerblich-handwerklichen Strukturen führten zur Herausbildung hochspezialisierter Industriebetriebe und technischer Dienstleistungen. Das Land gehört heute zu den zehn wirtschaftsstärksten Regionen der Europäischen Union.⁵ Kennzeichnend für seine prosperierende Wirtschaftsstruktur ist erstens ein überdurchschnittlich hoher Anteil von produzierendem Gewerbe vor allem in den Bereichen Automobil- und Maschinenbau, darüber hinaus auch in der Chemie-, Elektronik- und Metallindustrie. Der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung betrug 2019 34% gegenüber 24% im bundesdeutschen Durchschnitt.⁶ Baden-Württemberg ist somit der anteilmäßig größte Industriestandort Deutschlands. Hinzu kommen wissensintensive und unternehmensnahe Dienstleistungen wie Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, Unternehmensberatung oder auch Werbung. Entsprechend dieser Wirtschaftskraft gehört Baden-Württemberg seit Jahrzehnten neben Bayern und Hessen zu den Geberländern im bundesdeutschen Länderfinanzausgleich,⁷ leistet somit nach den Regelungen des deutschen Föderalismus umfangreiche finanzielle Unterstützung für wirtschaftlich schlechter gestellte Bundesländer.

Ein zweites Kennzeichen der Wirtschaft im Südwesten ist die hohe Internationalisierung und Exportorientierung. Seit Jahren behauptet Baden-Württemberg den Spitzenplatz als exportstärkstes Bundesland in Deutschland, noch vor Nordrhein-Westfalen und Bayern.⁸ Knapp die Hälfte der baden-württembergischen Exporte 2019 gingen in Länder der Europäischen Union. Die wichtigsten Exportländer sind die USA, China, Frankreich, die Schweiz und die Niederlande. Hinzu kommt, dass im Dreiländereck Baden-Württemberg, Elsass und der Nordschweiz längst ein gemeinsamer, grenzüberschreitender Arbeits- und Wirtschaftsraum

5. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich, 2020, S. 33, Verfügbar auf: www.statistik-bw.de (aufgerufen am 16. Februar 2021).

6. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse für Baden-Württemberg, 2020, S. 7, Verfügbar auf: www.statistik.baden-wuerttemberg.de (aufgerufen am 16. Februar 2021).

7. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich, 2020, S. 93, Verfügbar auf: www.statistik-bw.de (aufgerufen am 16. Februar 2021).

8. ebd. S. 45.

entstanden ist. Aus dem Elsass pendeln täglich rund 46.000 Berufstätige ins Badische zur Arbeit, in der Gegenrichtung sind es etwa 2000 Personen.

Zum dritten haben sich in Baden-Württemberg stabile Vernetzungen herausgebildet, einerseits ein intensives Zusammenspiel zwischen weltbekannten Großunternehmen wie etwa Daimler, Bosch, Porsche, SAP oder IBM Deutschland und den vielen mittelständischen Betrieben insbesondere der Zulieferindustrie, andererseits Kooperationsstrukturen zwischen der Industrie und zahlreichen Einrichtungen der Spitzenforschung, u.a. der Institute der Max-Planck-Gesellschaft oder auch der Fraunhofer Gesellschaft. Damit einher gehen überdurchschnittlich hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie eine außerordentlich hohe Anmeldequote von Patenten.

Die geschilderten Besonderheiten der Wirtschafts- und Sozialstruktur beschreiben grundlegende Rahmenbedingungen für den Parteienwettbewerb und erfolgreiches politisches Handeln in Baden-Württemberg.⁹ Dies betrifft sowohl die Ausgangsbedingungen der verschiedenen Parteien als auch die generellen Erwartungen der Menschen an die Landesregierung.

Die bis heute dominierende kleinstädtische Lebensweise federte die üblichen sozialen Verwerfungen der Industrialisierung größtenteils ab und verhinderte weitgehend das Aufkommen eines proletarischen Klassenbewusstseins wie etwa im Ruhrgebiet. Weit verbreitet ist bis heute die Bereitschaft, zwischen Wohn- und Arbeitsort zu pendeln. Viele Industriearbeiter konnten so in ihren traditionellen Bezügen verbleiben und von Fall zu Fall sogar ihre bisherige Lebensform als nunmehr „Nebenerwerbs-Landwirte“ fortführen. All dies begrenzte von Beginn an die Chancen der Parteien der Arbeiterbewegung. Demgegenüber stellten die auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch intakten katholischen und evangelischen Milieus im ländlichen Südwesten eine strukturell günstige Ausgangssituation für die politische Arbeit konservativ-bürgerlicher Parteien – einerseits der CDU, andererseits der FDP – dar.

Von der leistungsstarken Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs haben in den letzten Jahrzehnten viele Menschen durch eine spürbare Erhöhung ihres Lebensstandards profitiert. Von der Landesregierung wurde und wird daher ganz grundsätzlich erwartet, dass sie das Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau in Baden-Württemberg auch

9. Vgl. Ulrich Eith: Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Konflikten und dem Handeln politischer Eliten, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien. Opladen: Westdeutscher Verlag, 2001, S. 17–33; Ulrich Eith: Baden-Württembergs Parteiensystem im Wandel, in: Bürger & Staat, Heft 4, 70. Jg. 2020, S. 261–269.

zukünftig sichert. Das Land lebt nicht zuletzt von der Automobilindustrie und dem Maschinenbau. Da gilt es für die Politik angesichts der aktuellen Herausforderungen durch Klimawandel und Energiewende, die Globalisierung, die Digitalisierung und nicht zuletzt auch den gerade in Baden-Württemberg besonders spürbaren Fachkräftemangel rechtzeitig die richtigen Weichen mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft zu stellen.

Der Aufstieg der CDU zur dominierenden „Landespartei“ in den 1970er Jahren

Wie auch andernorts konnte die nach dem Zweiten Weltkrieg als überkonfessionell gegründete CDU zunächst an die durch den Katholizismus geprägten Traditionen der Weimarer Zentrumspartei anknüpfen. Bereits in den ersten Wahlen der 1950er Jahre kristallisierten sich die katholischen Wahlkreise im Süden des Landes – insbesondere die durch den Kulturkampf zusammengeschweißten Kreise im württembergischen Oberschwaben – als verlässliche christdemokratische Hochburgen heraus.

Maßgebend für das Abschneiden der SPD war weniger der Konfessionsgegensatz als vielmehr der die Wirtschafts- und Erwerbsstruktur. Die Sozialdemokraten erzielten bei den ersten Landtagswahlen ihre besten Ergebnisse in den industriell geprägten Ballungszentren des Großraums Stuttgart sowie Nord- und Mittelbadens. Überdurchschnittliche Wahlergebnisse gelangen aber auch im protestantisch-pietistischen Nordschwarzwald.

Den konfessionellen Gegenpart zur CDU stellte vielerorts zunächst die FDP dar. In den Landtagswahlen bis 1968 erzielten die Liberalen Stimmenanteile von teilweise über 30 Prozent im protestantisch geprägten Nordwürttemberg. Erfolgreich waren die Liberalen darüber hinaus in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil von kleinen und mittleren Selbständigen, Gewerbetreibenden oder auch Beschäftigten im öffentlichen Dienst.¹⁰

10. Vgl. Uwe Dietrich Adam: Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten 1945-1978, in: Paul Rothermund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.): Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart: Kohlhammer, 1979, S. 220-253.

Der entscheidende Aufstieg der Union zur Landespartei Baden-Württembergs gelang dann zu Zeiten der sozialliberalen Koalition in Bonn und beruhte auf organisatorischen und wahlsoziologischen Faktoren.¹¹

Organisatorisch führte Ministerpräsident Hans Filbinger die im Land bislang aus vier unabhängigen Verbänden bestehende CDU 1971 zu einem schlagkräftigen Landesverband mit strafferen Führungsstrukturen zusammen. Ab 1972 wurde das Staatsministerium zum zentralen Leit- und Koordinierungszentrum der Landespolitik ausgebaut. Als Regierungspartei mit absoluter Mehrheit war die Union in den 1970er Jahren zudem in der günstigen Lage, ihren neuen Status als Landespartei auch durch eine bis heute zu beobachtende gezielte Personal- und Versorgungspolitik absichern zu können.

Von wahlstrategischer Bedeutung für den christdemokratischen Aufschwung war der strikt konservative Abgrenzungskurs der Regierung Filbinger gegen die seit 1969 in Bonn regierende sozial-liberale Koalition. 1972 gelang diese Polarisierung durch einen Frontalangriff auf die Ost- und Gesellschaftspolitik der Regierung Brandt. Zudem setzte die CDU mit dem Slogan „Mit uns für Baden-Württemberg“ bereits 1976 erfolgreich auf die Selbstinszenierung als „Baden-Württemberg-Partei“.

In besonderer Weise profitierten die Christdemokraten vom linksliberalen Schwenk der FDP im Bund 1969. Das nunmehr verwaiste protestantisch-altliberale Wählermilieu Baden-Württembergs konnte durch die konservative Politik Filbingers in großen Teilen für die CDU gewonnen werden, die 1972 erstmals die absolute Mehrheit errang. Der landesweite Stimmenanteil der Liberalen fiel fortan dauerhaft unter die Zehnprozentmarke.

11. Vgl. Ulrich Eith: Regierungsperioden und politische Dominanz in Baden-Württemberg: Die CDU als „Landespartei“, in: Gerhard Hirscher/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Aufstieg und Fall von Regierungen, München: Olzog, 2001, S. 249-277.

Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems seit den 1980er Jahren

In den 1980er Jahren etablierten sich die Grünen. Die größte Unterstützung mobilisierten sie im badischen Südwesten und in den Universitätsstädten. Bereits 1980 gelang der Sprung über die 5 Prozent-Hürde. Von 1984 bis 2011 stellten die Grünen mit zwei Ausnahme stets die drittstärkste Landtagsfraktion.

Die Etablierung der Grünen verringerte nochmals die Chancen der SPD auf eine eigenständige Machtperspektive in Baden-Württemberg. Gleich von zwei Seiten gerieten die Sozialdemokraten unter Druck. Bei der städtischen Arbeiterschaft gelang der CDU-Zugewinne und große Teile der jüngeren, bildungsnahen Generationen tendierten seit den 1980er Jahren zu den Grünen. Über nunmehr drei Jahrzehnte hinweg hat die SPD den Spagat zwischen der traditionellen Arbeiterschaft und den postmaterialistischen Bildungseliten nicht erfolgreich auflösen können.

Den Wendepunkt des christdemokratischen Integrationsprozesses markiert die Regierungsübernahme von Lothar Späth 1978. Sein wirtschaftlich durchaus erfolgreicher, allerdings stark auf den Stuttgarter Raum konzentrierter Modernisierungskurs stellte vor allem die vermeintlich allein wahlentscheidenden neuen Mittelschichten in den größeren Städten in den Mittelpunkt. Die kleinstädtisch-ländliche Struktur Baden-Württembergs geriet damit zu sehr aus dem Blick. Folgerichtig wurde das Image Baden-Württembergs als modernes „Musterländle“ letztlich auch mit massiven Abkopplungstendenzen unter den Traditionswählern in der ländlichen Peripherie und in den städtischen Problemzonen erkaufte und alte regionale Gegensätze erneut aktualisiert.¹² 1988 entzündete sich der zunehmende Unmut über den Stuttgarter Regierungskurs im katholischen Oberschwaben an der Frage des Schwangerschaftsabbruchs und der als bedrohlich empfundenen Situation der Bauern. Ab 1992 konnten sich dann die rechteextremen Republikaner für zwei Legislaturperioden im Stuttgarter Landtag einrichten.

12. Vgl. Dieter Oberndörfer, Dieter, Gerd Mielke, Ulrich Eith: Die These vom Denkzettelvotum greift viel zu kurz. Analyse der Landtagswahl in Baden-Württemberg, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 86, 11.04.1992, S. 9.

In der Summe bleibt somit festzuhalten, dass sich die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten in Baden-Württemberg im Verlauf der drei Jahrzehnte nach 1980 schrittweise verändert haben. Im Verhältnis von Christ- und Sozialdemokraten profitierte von diesen Entwicklungen letztlich die CDU. Trotz zeitweiliger Mobilisierungsschwächen in katholisch-ländlichen Wahlkreisen und absoluten Stimmenverlusten im ganzen Land können die Christdemokraten inzwischen selbst bei Arbeitern und kleineren Angestellten eine deutliche Vormachtstellung gegenüber der SPD behaupten.

2011: Eine neue Zeitrechnung beginnt

Die Landtagwahl 2011 führte dann zum ersten vollständigen Regierungswechsel in Baden-Württemberg und brachte zugleich mit Winfried Kretschmann den ersten Grünen ins Amt des Ministerpräsidenten eines Bundeslandes. Dieser Machtwechsel beruhte auf kurz- und längerfristigen Ursachen.¹³

Die Landtagswahl fand vor dem Hintergrund der Ereignisse um Stuttgart 21 sowie der Reaktorkatastrophe in Fukushima statt. Die Auseinandersetzungen um den Stuttgarter Bahnhofsneubau hatten ihren unrühmlichen Höhepunkt am 20. September 2010 durch den massiven Einsatz von Wasserwerfern gegen friedliche Demonstrierende. Verantwortlich gemacht wurde dafür in der Öffentlichkeit der seit Februar 2010 amtierende CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus, der in den Auseinandersetzungen mit den Gegnern des Projekts Stuttgart 21 stets eine harte Linie vertrat und wenig Kompromissbereitschaft erkennen ließ. Über den Jahreswechsel 2010/2011 gelang es durch die Schlichtungsverhandlungen von Heiner Geißler, die Situation etwas zu beruhigen.

Am 11. März 2011 nahm die Reaktorkatastrophe in Fukushima ihren Anfang. Nur wenige Tage später reagierten Bundes- und Landesregierung mit der Ankündigung des Atomausstiegs. Insbesondere im Falle der Landesregierung war diese Kehrtwende des bisherigen Atombefürworters Mappus für viele Wählerinnen und Wähler höchst unglaubwürdig.

Hinzu kam, dass sich die CDU bereits vor diesen Ereignissen in einem bedrohlichen Stimmungstief befand. In der CDU-Wählerschaft hatte sich den verfügbaren Umfragedaten zufolge über Jahre hinweg das Gefühl verstärkt, dass die Regierung den Kontakt zu den eigenen Wählerinnen und Wählern immer mehr vermissen ließ und zunehmend selbstbezogen und abgekoppelt von ihrer Basis handelte. Insbesondere in den größeren Städten und bei Frauen traf die CDU immer weniger das vorherrschende Lebensgefühl. Ministerpräsident Mappus verstärkte mit seinem brachialen

13. Vgl. Dieter Roth: Baden-Württemberg 2011: Was entschied die Wahl?, in: Uwe Wagschal et al. (Hrsg.): Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg, Baden-Baden: Nomos, 2013, S. 15-29.

Regierungsstil dieses Unbehagen. Seit dem Herbst 2010 hatte sich eine Wechselstimmung im Land aufgebaut, die zusammen mit den Auswirkungen von Stuttgart 21 und der Reaktorkatastrophe in Fukushima letztlich dann zur Abwahl der amtierenden Regierung führte.

Nutznieser dieser Entwicklungen waren in erster Linie die Grünen. Während der Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 lagen sie in den Umfragen bereits zeitweise vor der SPD, ab der Reaktorkatastrophe konnten sie Platz zwei hinter der CDU dauerhaft behaupten. Unter dem Eindruck von Fukushima kam es bei der Landtagswahl zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung von über 12 Prozentpunkten. Die Tatsache, dass die Grünen in der Endabrechnung vor der SPD lagen und somit den Ministerpräsidenten stellen konnten, ist in hohem Maße dem zu diesem Zeitpunkt hochaktuellen Thema Atomausstieg geschuldet.

Der erneute Wahlsieg von Kretschmann bei der Landtagswahl 2016 belegt jedoch, dass die grün-rote Landesregierung keineswegs einen Betriebsunfall in der baden-württembergischen Geschichte darstellte, verursacht etwa durch die sehr spezifischen Umstände bei der Landtagswahl 2011. Eine solche Sicht vernachlässigt den enormen Vertrauensverlust der CDU-Regierungen vor 2011 sowie den Verlauf der ersten Regierungsperiode Kretschmann 2011-2016. Sehr schnell ist es dem grünen Ministerpräsidenten gelungen, in die Rolle des weithin geschätzten Landesvaters hineinzuwachsen. Sein bürgerlicher Habitus – als Indizien seien etwa sein literarisch-philosophischer Bildungshintergrund, seine Kirchenbindung und sein Engagement in der Fastnacht genannt – geht einher mit einer klaren, durchaus pragmatisch gehandhabten politischen Zielsetzung, Baden-Württembergs Stärken durch eine nachhaltige Verbindung von Ökonomie und Ökologie auch für die Zukunft zu sichern. Hinzu kommt ein deutlicher Stilwechsel im Verhältnis von Politik und Bürgerschaft auf Landes- und besonders auch kommunaler Ebene durch den Ausbau von Bürgerbeteiligung in bewährten und neuen Formaten. Und schließlich konnte die Landesregierung grundsätzliche Vorbehalte gegen grünes Regierungshandeln bereits in der ersten Legislaturperiode abbauen. Aus Sicht der breiteren Öffentlichkeit zeichnete sich Grün-Rot 2011-2016 im Großen und Ganzen durch eine geräuschlose und kompetente Regierungsarbeit aus.

Die Landtagswahl im März 2016 wurde thematisch überlagert durch die bundesweiten Auseinandersetzungen um die gestiegenen Flüchtlingszahlen und die damit verbundenen enormen Herausforderungen der Kommunen, zunächst Unterbringung und Versorgung sicherstellen zu müssen. Die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin polarisierte, wovon vor allem die Grünen und die

rechtspopulistische AfD profitieren konnten. Ministerpräsident Kretschmann unterstützte mit großer Zustimmung der Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg die Politik der christdemokratischen Kanzlerin, während der CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf eher als Kritiker Merkels wahrgenommen wurde. Die Grünen gewannen 46 von 70 Wahlkreisen, erzielten mit 30,3 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis. Sie lagen damit mit über drei Prozentpunkten Vorsprung erstmals auf Platz eins vor der Union.

Die rechtspopulistische AfD erzielte aus dem Stand in Mannheim und Pforzheim zwei Direktmandate und konnte mit 15,1 Prozent die SPD hinter sich lassen. Der Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik von Merkel war hierbei ein entscheidender Faktor, gleichwohl fügt sich das gute Abschneiden der AfD bestens ins Bild einer auch in anderen Ländern zu beobachtenden Re-Nationalisierung von Politik.¹⁴

Die Landtagswahl 2016 bekräftigte somit die bereits 2011 erkennbaren strukturellen Veränderungen des politischen Wettbewerbs in Baden-Württemberg. Daher kann aus heutiger Sicht die Wahl von 2011 durchaus als „critical election“, als Wahl des Umbruchs und einer Neustrukturierung des politischen Wettbewerbs in Baden-Württemberg, gelten.

14. Vgl. Ulrich Eith: *Stabilité et changement. Portraits régionaux et socio-structurels des élections au Bundestag 2017*, in: *Allemagne d'aujourd'hui* (Aa) Nr. 223, 1/2018, S. 12-21.

Inhaltliche Bilanz der Regierungspolitik unter Kretschmann: grüne Akzente bei stabiler Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wie bereits ausgeführt beruhte die politische Zäsur 2011 weniger auf einem Votum breiter Wählerkreise für eine politische Kehrtwende oder eine grundsätzliche inhaltliche Neuausrichtung der Landespolitik als vielmehr auf der Abwahl der damals als zu abgehoben und selbstbezogen wahrgenommenen CDU-Regierung.

Der neu gewählte Ministerpräsident Kretschmann hat darauf sofort reagiert und seine grün-rote Landesregierung auf einen neuen Politik- und Regierungsstil verpflichtet. Seine gleich zu Beginn der Amtszeit im März 2011 angekündigte „Politik des Gehörtwerdens“ zog die Lehren aus den Konflikten um das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 und hat zum Ziel, Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe zu begegnen. Frühzeitig und umfassend sollen sie fortan an größeren Infrastrukturprojekten und zentralen politischen Weichenstellungen beteiligt werden. Durch die Berufung von Gisela Erler ins neugeschaffene Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung mit Stimmrecht im Landeskabinett wurde diese Thematik auf höchster politischer Ebene im Staatsministerium verankert.

Diese neue Politik des „Gehörtwerdens“ zielte in zwei Richtungen. Zum einen wurden in Baden-Württemberg umgehend die hohen Hürden für Volks- und Bürgerentscheide herabgesetzt, um direktdemokratische Entscheidungen zu erleichtern. Zum anderen erfolgte ein umfassender Ausbau der konsultativen, dialogorientierten Bürgerbeteiligung in ganz unterschiedlichen Kontexten und Formaten. Bei all diesen Beteiligungsformen verbleibt die letztendliche politische Entscheidung jedoch weiterhin bei den repräsentativ gewählten Gremien Landtag oder Gemeinderat bzw. den Verwaltungsbehörden. Bereits 2013 erarbeitete die Landesregierung unter der Verantwortung der Staatsrätin eine verbindliche Verwaltungsvorschrift zur Intensivierung der

Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen sowie größeren Planungs- und Zulassungsverfahren. 2014 folgte hierzu ein umfangreicher Leitfaden für Verwaltungseinheiten und Bürgerschaft mit vielen Best Practice-Beispielen für frühzeitige und intensive Bürgerbeteiligung.

Ein innovatives, in Deutschland zu diesem Zeitpunkt erst wenig Verwendung findendes Format im Bereich der dialogorientierten Beteiligungsformate stellen Bürgerräte dar, deren Mitglieder ganz oder auch nur teilweise nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und sodann für eine Teilnahme angefragt werden. In den letzten zehn Jahren haben sich diese Formate sowohl im Land als auch inzwischen auf der Bundesebene bestens bewährt, um potentielle Konflikte frühzeitig erkennen und einer konflikthafter Zuspitzung durch umfangreiche Kommunikation möglichst effektiv entgegenzutreten zu können.¹⁵ In den Augen der verantwortlichen Akteure war Baden-Württemberg „schlagartig ein Reallabor für die Weiterentwicklung von Demokratie“¹⁶ geworden.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist es nach dem Regierungswechsel 2011 keineswegs zu einem radikalen Kurswechsel gekommen, etwa in Form einer deutlichen Abkehr vom Industrie- und Automobilstandort Baden-Württemberg. Schon in der Regierungserklärung 2011 hat sich Kretschmann entsprechend festgelegt: „Baden-Württemberg steht keine Revolution bevor, sondern eine ökologisch-soziale Erneuerung“¹⁷ In Kontinuität zur CDU-geführten Vorgängerregierung – und teilweise im Gegensatz zur Politik der Grünen auf Bundesebene – verfolgte auch Kretschmann eine Politik der Haushaltskonsolidierung, forderte eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und bekannte sich grundsätzlich zum Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Diese bemerkenswerten Kontinuitäten lassen sich vor allen aus den grundsätzlichen Interessen des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg herleiten. Hierzu gehören auch die Initiativen der Landesregierung zur Reduzierung des Fachkräftemangels in der Industrie, die vom Ministerpräsidenten initiierten Gesprächsrunden mit den Spitzen der Automobilindustrie über den dringend notwendigen ökologischen Strukturwandel oder auch die finanzstarken Förderprogramme zum Ausbau der digitalen Infrastruktur.

15. Vgl. Ulrich Eith, Jacqueline Meier: Bürgerräte: Erfahrungen aus der Praxis von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Stiftung: Berlin, 2021 (im Erscheinen).

16. Gisela Erler: Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch ... Demokratie ist mehr als wählen, in: Ralf Fücks/Thomas Schmid (Hrsg.): Gegenverkehr. Demokratische Öffentlichkeit neu denken, Tübingen: Klöpfer und Meyer, 2018, S. 71-85, hier S. 72.

17. zitiert nach Felix Hörisch: Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der ersten grün-roten Landesregierung, in: Der Bürger im Staat, Heft 4, 65. Jg. 2015, S. 207-213, hier S. 212.

Darüber hinaus setzte die grün-rote Landesregierung durchaus eigene politische Akzente, etwa die deutliche Anhebung der Grunderwerbssteuer als weitere Finanzquelle zur Sanierung der Staatsfinanzen nach der Finanzkrise 2008 oder auch die Verabschiedung des Tariftreuegesetzes, wonach bei öffentlichen Aufträgen nur Unternehmen berücksichtigt werden, die ihre Mitarbeitenden zumindest nach Tariflohn bezahlen.¹⁸ Explizit grüne Schwerpunkte stellen die Förderung der Erzeugung regenerativer Energien sowie Projekte des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) dar, die zu einer ökologisch verträglichen, nachhaltigen Mobilität jenseits des automobilen Individualverkehrs führen.¹⁹ Beide Politikfelder kennzeichnet jedoch eine hohe Pfadabhängigkeit und vor allem auch gegenläufige Interessenlagen unterschiedlicher Akteure. Ein politischer Kurswechsel kann daher nur in kleinen Schritten erfolgen. Konkret: Die Umgestaltung der Wirtschaft in Richtung Green Economy findet in der Bevölkerung eine hohe grundsätzliche Akzeptanz, kaum jemand aber möchte etwa eine Windkraftanlage in der Nähe seines eigenen Grundstücks haben.

In der Asyl- und Integrationspolitik begann die grün-rote Koalition 2011 ihre politische Arbeit mit dem expliziten Anspruch, Humanität und Machbarkeit in Einklang zu bringen.²⁰ Dies bezog sich auf Fragen der Asylgewährung, des Familiennachzugs, der Abschiebep Praxis oder auch der gesellschaftlichen Integration. Konkrete Maßnahmen waren der Ausbau der Integrationsinfrastruktur. Notwendig waren bessere Unterbringungsmöglichkeiten, eine umfassendere Gesundheitsfürsorge und Erleichterungen bei der Integration ins Arbeitsleben. Der Koalitionswechsel zu Grün-Schwarz 2016 hat die konsequente Umsetzung dieser Reformansätze ausgebremst. Zu unterschiedlich sind die entsprechenden Vorstellungen von Grünen und CDU. Immerhin gelang es der Landesregierung 2017, mit den Kommunen den Pakt für Integration abzuschließen, der vor Ort zahlreiche Maßnahmen zur gezielten Förderung und Beteiligung von Migrantinnen und Migranten ermöglicht.

In der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Europapolitik haben sich durch den Regierungswechsel keine gravierenden Veränderungen ergeben. Die etablierten Formate wie die Internationale Bodensee-Konferenz, die Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz, das Projekt Vier Motoren für Europa mit Baden-

18. Vgl. Felix Hörisch: Die Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der grün-schwarzen Landesregierung, in: Bürger & Staat, Heft 4, 70. Jg. 2020, S. 232-239.

19. Vgl. Hans Gebhardt: Energie und Verkehr in Baden-Württemberg, in: Bürger & Staat, Heft 4, 70. JG. 2020, S. 248-260.

20. Vgl. Sandra Kastner: Integrationspolitik: Folgenbewältigung statt Reformen, in: Bürger & Staat, Heft 4, 70. Jg. 2020, S. 240-247, hier S. 240.

Württemberg, Katalonien, der Lombardei und der Region Rhône-Alpes sowie nicht zuletzt auch die Donaunraumstrategie wurden auch unter den beiden Regierungen Kretschmann weiterhin gepflegt.²¹ Diese internationalen Vernetzungen sind für das mitten in Europa gelegene Grenzland Baden-Württemberg nicht zuletzt zu praktischer Regelung auch des grenzüberschreitenden Alltags unverzichtbar.

Kaum eigene Akzente haben die Grünen in der Bildungs- und Schulpolitik gesetzt, mit Ausnahme der 2012 neu eingeführten Gemeinschaftsschule als geplante zweite Säule neben dem Gymnasium. Dies liegt auch an der Tatsache, dass ab 2011 die SPD und ab 2016 die CDU personell die Amtsleitung des Kultusministeriums besetzen konnten. Zudem haben Grüne und CDU sehr unterschiedliche Vorstellungen, was die Strukturfragen des Bildungssystems betrifft.

Der Handlungsbedarf in der Bildungspolitik ist unübersehbar. Während der Corona-Pandemie sind die Mängel des deutschen Schulsystems auch im wohlhabenden Baden-Württemberg offen zutage getreten. Defizite bestehen vor allem bei der Digitalisierung der Schulen, der knappen Personalausstattung ohne Reserven für besondere Situationen sowie bei der baulichen Ausstattung der Schulen, die häufig die konsequente Umsetzung eines effektiven Hygienekonzepts nicht zulässt.²² Die Bedeutung der Bildungspolitik wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Ihr kommt die zentrale Aufgabe zu, den anstehenden industriellen Strukturwandel durch passgenaue Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen entscheidend zu flankieren.

Welche Bilanz ist demnach zu ziehen? Die Übersicht über die verschiedenen Politikfelder zeigt, dass sich die Landesregierung unter Führung des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann in zentralen Punkten der Wirtschafts- und Finanzpolitik durchaus an den Interessen des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg orientiert hat. In dieser Hinsicht ist das Ausmaß an Kontinuität zu den Vorgängerregierungen unübersehbar. Deutlich werden darüber hinaus aber auch grüne Schwerpunktsetzungen und vielfältige Aktivitäten der Landesregierung zur zukünftigen Sicherung der industriellen Produktion im Land. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Entwicklung und dem Einsatz ressourcenschonender, alternativer Technologien und nachhaltiger Produktionsverfahren zu, wofür auch politisch die Rahmenbedingungen bereitstehen müssen. Immer wieder weist auch Kretschmann darauf hin,

21. Vgl. Martin Große Hüttmann: Eine Bilanz der Europapolitik der grün-roten Landesregierung, in *Der Bürger im Staat*, Heft 4, 65. Jg. 2015, S. 231-239.

22. Vgl. Helmar Schöne, Stefan Immerfall, Bianca Strohmaier: Grün-schwarze Bildungspolitik in Baden-Württemberg, in: *Bürger & Staat*, Heft 4, 70. Jg. 2020, S. 214-225.

dass die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Betriebe und damit auch die Sicherung des hohen Beschäftigungs- und Wohlstandsniveaus entscheidend von einer intelligenten Verzahnung von Ökologie und Ökonomie abhängt.

Darüber hinaus förderte die Landesregierung in den letzten zehn Jahren kontinuierlich den weiteren Ausbau der regenerativen Energiegewinnung, verbesserte in der Verkehrspolitik die Voraussetzungen für nachhaltige Mobilität und stellte Fördermittel für den Ausbau der digitalen Infrastruktur bereit. In allen drei Bereichen – insbesondere beim dringend notwendigen, flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes – besteht allerdings nach wie vor weiterer Handlungsbedarf. Veränderungen in diesen drei Politikfeldern sind häufig mit komplexen Konfliktkonstellationen verbunden und kommen daher nur schrittweise voran.

In vielen gesellschaftspolitischen Themen startete die grün-rote Landesregierung 2011 mit einer ambitionierten Reformagenda. Am erfolgreichsten war hierbei ohne Zweifel die „Politik des Gehörtwerdens“ mit den spürbaren Veränderungen im Verhältnis von Politik und Bürgerschaft. Im Bereich der Gleichstellungspolitik haben die Grünen intensive Diskussionen über eine Wahlrechtsreform angestoßen mit dem Ziel, den Frauenanteil im Landtag deutlich zu erhöhen, möglichst bis zu einer paritätischen Besetzung der Abgeordnetenmandate. Das Thema wird auch die nächste Legislaturperiode begleiten. In der Integrations- und Asylpolitik hingegen ist die anfängliche Reformeuphorie durch die Interessengegensätze der beiden Koalitionspartner ab 2016 dann merklich gebremst worden.

Mit dem Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 haben sich die Koordinaten und Rahmenbedingungen für erfolgreiches Regieren grundlegend verschoben. Die notwendigen Soforthilfeprogramme zur Abfederung der schlimmsten ökonomischen Kollateralschäden erforderten die Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel. Die Regierungen in Bund und Ländern entschlossen sich rasch, antizyklisch zu handeln, was auch in Baden-Württemberg eine Abkehr vom strikten Kurs der Haushaltskonsolidierung und der Politik der schwarzen Null bedeutete.

Ausblick auf die Landtagswahl 2021 und bundesdeutsche Auswirkungen

Für die Grünen stellt sich die Ausgangslage für die kommende Landtagswahl am 14. März 2021 als ausgesprochen günstig dar. In den Umfragen der renommierten Institute liegen sie seit zwei Jahren konstant mehrere Prozentpunkte vor der CDU. Hinzu kommt, dass über die gesamte Legislaturperiode hinweg etwa zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit des Ministerpräsidenten Kretschmann zufrieden sind. Bei einer angenommenen Direktwahl – die nach dem Wahlrecht in Baden-Württemberg allerdings nicht möglich ist – würden den neuesten infratest dimap-Umfragen vom 4. Februar 2021 zufolge 65 Prozent für Kretschmann und nur 16 Prozent für seine CDU-Gegenkandidatin, die derzeitige Kultusministerin Susanne Eisenmann, stimmen. Enttäuschend für Eisenmann ist zudem, dass selbst unter den CDU-Parteianhängern 69 Prozent für Kretschmann und nur 19 Prozent für die eigene Kandidatin votieren würden.²³

Auf der Basis dieser Umfragedaten sind rechnerisch derzeit drei Koalitionsmodelle möglich: Winfried Kretschmann könnte mit einer Fortsetzung von Grün-Schwarz (60%tige Mehrheit im Landtag) oder auch mit der Dreierkoalition Grüne, SPD und FDP (54%tige Mehrheit im Landtag) weiterregieren. Susanne Eisenmann hat demnach als einzige Option die Dreierkoalition CDU, SPD und FDP (47%tige Mehrheit im Landtag). Mit umfangreichen Koalitionsverhandlungen nach ist der Wahl zu rechnen.

Noch ist die Wahl aber nicht entschieden. Nach wie vor verfügt die CDU aufgrund ihrer langen Regierungszeit vor 2011 über die breitere und gefestigtere Verankerung in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus und Gruppierungen. Zwar haben sich die Grünen als neue Milieupartei des urbanen Bildungsbürgertums im letzten Jahrzehnt auch

23. Vgl. infratest dimap: Baden-Württemberg TREND Februar 2021 im Auftrag des SWR und der Stuttgarter Zeitung, 2021, Verfügbar auf: www.infratest-dimap.de (aufgerufen am 16. Februar 2021).

in den ländlichen Regionen fester etablieren können, ihre guten Wahlaussichten sind dennoch eng verbunden mit der hohen Wertschätzung von Ministerpräsident Kretschmann. Und in diesen unübersichtlichen Zeiten der Corona-Pandemie können politischen Stimmungen eben auch schnell kippen.

Die hohe Fokussierung auf die Person des Ministerpräsidenten hat natürlich zum einen mit der großen Reputation von Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg zu tun. Darüber hinaus ist dies aber auch ein generelles Kennzeichen der Wahrnehmung von Landespolitik in Deutschland: Diese wird öffentlich vor allem repräsentiert durch die entsprechende Person an der Spitze einer Landesregierung. Nur ein geringer Bruchteil der Wählerinnen und Wähler ist in der Regel in der Lage, die Mitglieder des Landeskabinetts namentlich zu nennen. Mit diesen eher begrenzten öffentlichen Profilierungschancen in der Landespolitik müssen vor allem die Spitzenkandidaten im Wettbewerb um den Wahlsieg zurechtkommen. Sie erschweren es den Parteien aber auch, in der Öffentlichkeit rechtzeitig potenzielle Nachfolgekandidaten für zentrale Führungsämter aufzubauen zu können. Aus den Reihen der Grünen ist einer breiteren Öffentlichkeit in Baden-Württemberg derzeit vor allem Sozialminister Manfred Lucha, federführend bei der Pandemiebekämpfung, bekannt. Eine politisch einflussreiche Stellung bei der Besetzung von politischen Spitzenpositionen kommt üblicherweise dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion, seit der Wahl 2016 Andreas Schwarz, zu. Als potentielle Nachfolgerin von Ministerpräsident Kretschmann galt lange Zeit Finanzministerin Edith Sitzmann, die ihre politische Karriere nach dieser Legislaturperiode allerdings beenden wird. Einen über Baden-Württemberg hinausreichenden Bekanntheitsgrad hat auch der grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, dem allerdings in der Landespolitik nur Außenseiterchancen eingeräumt werden. Kurzum, in der Politik werden Personalfragen üblicherweise dann entschieden, wenn sie auch wirklich anstehen.

Fazit

Die inzwischen zehnjährige Amtszeit von Ministerpräsident Kretschmann hat in der Landes- und auch Bundespolitik bereits heute nachhaltige Spuren hinterlassen. In Baden-Württemberg hat Kretschmann bewiesen, dass Grüne selbst in einem industriell geprägten Bundesland erfolgreich regieren können. Entgegen manchen Befürchtungen aus bürgerlich-konservativen Kreisen sind mit dem Regierungsantritt von Grün-Rot 2011 die Lichter im Südwesten nicht ausgegangen. Kretschmann hat es durch seinen persönlichen Stil des Regierens und seine pragmatische Herangehensweise, grüne Zielsetzungen mit ökonomischen und industriepolitischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, geschafft, sich weit über grüne Wählerkreise hinaus großes Vertrauen zu erwerben. In diesen Rahmen passt sein öffentlicher Umgang mit der schweren Erkrankung seiner Frau. Für große Teile auch der bürgerlichen Wähler in Baden-Württemberg ist die Landes-CDU derzeit noch zu sehr im Denken der Besitzstandswahrung verhaftet, zumal sie auch personell keine zugkräftigen Führungspersönlichkeiten vorweisen kann. Manche konsequenten Umwelt- und Klimaschützer wiederum vermissen beim Ministerpräsidenten eine entschlossener grüne Handschrift. Die Gründung der neuen Protestpartei „Die Klimaliste“ im September 2020 wurde von den Grünen dann auch als Alarmsignal verstanden. Im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021 bekennen sich die Grünen unmissverständlich zur konsequenten Einhaltung der in der Pariser Klimakonferenz vereinbarten Ziele.

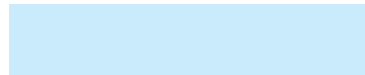
Der öffentliche Einfluss des baden-württembergischen Ministerpräsidenten auf die Bundespolitik beruht zunächst einmal auf der Tatsache, dass er im Bundesrat die Interessen Baden-Württembergs vertritt und turnusgemäß für ein Jahr 2012/2013 den Vorsitz des Bundesrates innehatte. Als Ministerpräsident eines wirtschaftsstarken Bundeslandes und zugleich einziger Vertreter der Grünen in dieser Funktion ist ihm die öffentliche Aufmerksamkeit sicher. Innerparteilich sind die baden-württembergischen Grünen seit der Parteigründung dem realpolitischen Flügel ihrer Partei zuzurechnen. Da nach der nächsten Bundestagswahl im September 2021 auch auf Bundesebene eine Koalition von Grünen und CDU/CSU im Bereich des Möglichen liegt, wird Kretschmann sicherlich im Vorfeld seinen großen Erfahrungsschatz in der Zusammenarbeit mit der CDU beim Bundesvorstand der Grünen

einbringen. Denkbar ist auch eine aktive Rolle im Bundestagswahlkampf, insbesondere wenn er im September noch baden-württembergischer Ministerpräsident ist und die Corona-Pandemie dies zeitlich zulässt. Eher unwahrscheinlich erscheint es aus heutiger Sicht, dass er in die Bundespolitik wechselt.

Politisch hat Kretschmann in Baden-Württemberg vor allem einen Stilwechsel im Umgang mit den Interessen von Bürgerinnen und Bürgern herbeigeführt und im Land erfolgreich erste Weichen für eine insgesamt stärkere ökologische Ausrichtung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg gestellt. Die Einsicht, dass der zukünftige Wohlstand und ein gehobener Lebensstandard nicht zuletzt von einem erfolgreichen industriellen Strukturwandel und damit auch von der Kreativität der Ingenieure und Techniker bei der Entwicklung konkurrenzfähiger Zukunftstechnologien abhängt, ist inzwischen weit verbreitet. Hinzukommen muss aber auch ein umweltgerechteres Verhalten der Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens. Und dazu braucht es neben der Bereitschaft eben auch die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- ▀ A. Lensing, [Bündnis 90/Die Grünen, neue Volkspartei oder „Bündnispartei“?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 158, Januar 2021
- ▀ C. Major, C. Mölling, [„Strategische Autonomie“ Europas: Toxische Wortklauberei](#), *Editoriaux de l'Ifri*, 14. Dezember 2020
- ▀ F. Decker, [Aufbruch in unsichere Zeiten. Die CDU am Ende der Ära Merkel](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 157, Dezember 2020
- ▀ P. Hassenteufel, [Das deutsche Gesundheitssystem angesichts der Corona-Krise](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 156, November 2020
- ▀ D. Puhl, [Deutsch-Französische Rüstungszusammenarbeit – Ein Ding der Unmöglichkeit?](#), *Visions franco-allemandes*, Nr. 31, Ifri, November 2020.
- ▀ D. Capitant, [Das Urteil des Karlsruher Gerichts: Der Donnerschlag, der den Horizont verdunkelt?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 155, Oktober 2020
- ▀ S. Parthie, [Deutsche Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise: Wie Deutschland seine Wirtschaft zu schützen versucht](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 154, Oktober 2020
- ▀ P. Maurice, [Dreißig Jahre nach seiner Wiedervereinigung, Deutschlands „europäischer Moment“?](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, Oktober 2020



Institut français
des relations
internationales